

Grünes Licht für den Ausbau der Grünstraße

Straße nach Quelle kostet 12,6 Millionen Mark

Brackwede. Oberbaurat Tegmeier erläuterte in der gestrigen Ratsitzung den Plan zum Ausbau der Grünstraße, deren erster Bauabschnitt bis einschließlich Querstraße 450 000 Mark kosten wird. Das Projekt soll in diesem Jahr in Angriff genommen werden, damit die zur Verfügung stehenden Sanierungsmittel verwendet werden können. Auf eine Anfrage von Ratsherr Hamann: „Die Aufschließung sämtlicher Geschäfte und Häuser erfolgt von hinten. Die Grünstraße bleibt den Fußgängern vorbehalten.“

Ratsherr Seidensticker: „Wir haben 62 Straßen in Brackwede, die noch notwendig ausgebaut werden müssen. Wer bezahlt dafür die Kosten?“ Heinz Schmitt: „Wir dürfen uns die Mittel nicht verloren gehen lassen. Wenn die Straße ausgebaut ist, wird sie Anreiz bieten zur Bebauung.“ Josef Faust sagte, die Mittel seien zweckgebunden (65 v. H. aus dem Sanierungsprogramm), sonst wäre die Grünstraße sicher noch nicht an der Reihe.

Der Rat beschloß die Satzung über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1, nachdem die eingegangenen Anregungen zum Teil berücksichtigt wurden. Das Gebiet wird begrenzt durch die Fliederstraße im Norden, im Osten durch Marktstraße — Ostlandstraße — Heidestraße, im Süden durch Heidestraße, Senner Straße bis Fliederstraße im Westen. Als Entwurf beschlossen wurde die 1. Änderung

zum Bebauungsplan Nr. 2, die nochmals offengelegt werden soll. Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gadderbaum, der im Gebiet Eggeweg/Bielefelder Straße ein Mischgebiet vorsieht, hatte der Rat keine Bedenken, ebenso wenig gegen den Ausbau der Zubringerstraße nach Quelle (Südring — Haller Straße) für 12,6 Millionen Mark.

Das Sanierungsgebiet Ortskern war seinerzeit in zehn Teile zerlegt worden und sollte in zehn Jahren durchgeführt werden. In der Praxis, besonders mit den Grundstücksverhandlungen, haben sich große Schwierigkeiten ergeben. Stadtdirektor Generotzky schlug dem Rat vor, die Teilstücke 1, 4, 5 und 10 — rund um die Kirche — zusammenzufassen. Durchführungszeit: vier Jahre. Der Regierungspräsident hat in Aussicht gestellt, auch bei dieser Änderung die schon gewährten Mittel anzurechnen. tho.